

DRESDNER EXT RAB LATT

Sommer 2023

0,00 €

diss.news

Eine Misere ohne Ende

S. 2-3



Darum geht nichts
voran im Stadtrat

Foto: Dissidenten Fraktion

Die Katastrophe im Anmarsch

S. 4-5



Wie wir das Klima
noch retten können

Foto: Montage/Dissidenten Fraktion

Zwei Jahre DISSIDENTEN im Stadtrat



Wer stoppt diese Chaostruppe?

Foto: Dissidenten Fraktion

Unfallhauptstadt Dresden

S. 6-7



Tödlicher Verkehr -
Radfahren in Dresden

Foto: Dissidenten Fraktion

Ziehen jetzt alle aufs Land?

S. 10-11



Wohnungsnot und
irre Mieten

Foto: Dissidenten Fraktion

Kein Geld für Punkrock

S. 12-13



Förderung Freier
Kultur? Fehlanzeige!

Foto: Bundesarchiv

Meinung

Raus aus der Mittelmäßigkeit!

Im Stadtrats-Patt mit OB-Rechtsdrall, unfähigen Grünen sowie Schwarzen in Rechtsdrift kommt progressive Reformpolitik unter die Räder. Erfolge der Rot-Grün-Roten Stadtratsmehrheit bis 2019 werden verwässert oder rückabgewickelt.

Die CDU blockiert unter Beihilfe der „Linken“ in wesentlichen Fragen des Klimaschutzes, der Verkehrswende oder der Wohnungs- und Mietpolitik. Neuerdings verschwenken die Schwarzen aus Angst vor der völkischen AfD weiter nach rechts. Und die Grünen? Sie verkaufen ihre Niederlagen als das pragmatisch Alternativlose.

Fazit: Nur mit starken DISSIDENTEN kann bei der Stadtratswahl 2024 eine weitere Rechtsverschiebung der Stadtpolitik aufgehalten und eine Mehrheit des linken Lagers mit einer schlüssigen ökologisch-soziale Reformpolitik erreicht werden!

Johannes Lichdi

Lähmung im größten demokratisch gewählten Gremium der Stadt

Stadtrat im Patt

Der Stadtrat ist das „Hauptorgan der Gemeinde“, wie es im Gesetz heißt. Er beschließt die Stadtgesetze („Satzungen“) und entscheidet über alle wichtigen Fragen, für die die Landeshauptstadt Dresden das Selbstverwaltungsrecht hat. Dieses Recht gilt für alle Fragen

der „örtlichen Gemeinschaft“, für die nicht die Gesetze Sachsens oder des Bundes gelten. Der Oberbürgermeister ist einerseits Chef der Verwaltung, andererseits muss er die Beschlüsse des Stadtrats ausführen.



Zerfall des linken Lagers

Linke, Grüne und SPD setzten bis 2019 die Gründung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft WID, eine bessere Ausstattung der Kultur und Jugendhilfe, die Wahl der Stadtbezirksbeiräte durch das Volk und Stadtbezirksbudgets sowie Ansätze einer Verkehrswende durch. Im Stadtratspatt zerfiel die Zusammenarbeit. Hauptziel der frustrierten „Linken“ war die Bekämpfung der Grünen, um wieder stärkste Kraft zu werden.

Die Grünen, überraschend zur stärksten Fraktion gewählt, konnten aufgrund ihrer strategischen

Inkompetenz ihre Führungsrolle niemals ausfüllen und ließen sich zwischen CDU und Linken zerreiben. Die SPD agierte am geschlossensten, wurde aber im Bürgermeister-Streit ausgebootet.

Die DISSIDENTEN-Fraktion, 2021 von den Ex-Grünen Michael Schmelich und Johannes Lichdi, Pirat Martin Schulte-Wissermann und PARTEI-Genossen Max Aschenbach gebildet, hat zuwenig Einfluss, um die Defizite auszugleichen.

Seit der Wahl 2019 gibt es ein Patt: Die rechte Seite aus AfD, CDU, Freien Wählern/Bürgern und FDP hat genauso 35 Stimmen wie die linke Seite aus Grünen, Linken, SPD und DISSIDENTEN. Eine Mehrheit mit 36

Stimmen kommt also nur mit dem OB oder lagerübergreifend zu Stande. Aber der OB steht im Zweifel auf der rechten Seite. Für eine lagerübergreifende Mehrheitsbildung tragen die jeweils stärksten demokratischen Fraktionen die Verantwortung, also die Grünen und die CDU.

Rechts-Drift im Rat

Die CDU, früher stärkste Kraft in Dresden, wurde bei der Stadtratswahl 2019 mit 18% nur zur zweitstärksten Fraktion gewählt. Inzwischen sind zwei Stadträtinnen ausgetreten - nach rechts außen. Mit dem Überlaufen der erstinstanzlich wegen Untreue verurteilten ehemaligen Ortsamtsleiterin Daniela Walther zur AfD, wurden die Völkischen zur stärksten Kraft im rechten Lager.

Die Loschwitzer Buchhändlerin Susanne Dagen, Propagandistin des einflussreichen Rechts-extremisten Kubitschek, sitzt bei den „Freien Wählern“. Mit der neuen Vorsitzenden Heike Ahnert verweigert sich die CDU erstmals einer menschenwürdigen Unterbringung von

Geflüchteten. Eine fast zwangsläufige Entwicklung, denn die CDU scheitert seit Jahren, eine moderne Großstadtpolitik jenseits traditioneller Reflexe zu entwickeln. Inhaltlich ausgezehrt und kompromissunfähig lässt man sich von Autoholgers Parkplatzpartei FDP treiben. Nach vier Jahren Dauergezerr ist klar: Mit der rechten Seite des Stadtrats ist weder echter Klimaschutz, noch eine ehrgeizige Verkehrs- und Energie-wende, noch eine soziale Wohnungs- und Mieterinnen-schutzpolitik zu machen! Der peinliche Poker um die Besetzung der Bürgermeisterposten erscheint als endgültiger Zerfall handlungsfähiger Mehrheiten.

Ärger um Haushalts-sperre

Die gewählten Vertreter:innen in den Stadtbezirken sind empört. Ihre Gelder, mit denen sie Initiativen, Vereine und bürgerschaftliches Engagement in den Stadtteilen unterstützen, wurden auf Eis gelegt.

Haushaltssperre nennt sich das Instrument, mit dem in schöner Regelmäßigkeit in Dresden der vom Stadtrat beschlossene Haushalt faktisch außer Kraft gesetzt wird. Ist eine solche Sperre verhängt, dürfen nur noch gesetzliche Verpflichtungen, begonnene Investitionen oder Personalkosten ausgegeben werden. Eine Haushaltssperre erlässt der jeweilige Finanzbürgermeister. Ist gerade keiner zur Hand, wie in Dresden, faktisch der Oberbürgermeister.

Die im Juni erlassene Sperre kommt nicht überraschend. Der Stadthaushalt für 23/24 wurde im Dezember von einer breiten Koalition aus Grünen, Linken, CDU, SPD und FDP beschlossen. Wenn soviel Interessen unter einen Hut gebracht werden müssen, wird der Haushalt schon mal gerne schön gerechnet. Nun haben die aktuelle Steuerschätzung, inflationsbedingte Mehrkosten und Risiken bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen das Wunsch-Dir-Was Kartenhaus des Rechts-Mitte-Links-Blocks einstürzen lassen.

Leidtragende sind vor allem diejenige, die keine so genannten Pflichtaufgaben erfüllen. Die Stadtbezirke gehören dazu, aber auch die Arbeit der Kinder- und Jugendbeauftragten. Auch sie wurde vorläufig ausgesetzt, obwohl die bereit gestellten Mittel angesichts eines Milliardenhaushaltes echte Peanuts sind.

Die kleine DISSIDENTEN-Fraktion, die nicht am Zustandekommen des Stadthaushaltes beteiligt war, hat dagegen ihren Widerstand angekündigt und einen Eilantrag in den Stadtrat eingebracht.

WERBUNG

NACHSCHLAG DER DISSIDENTEN PODCAST

Die Dissidenten-Stadträte berichten über das Geschehen im Stadtrat

Analytisch. Prägnant. Bissig.

Überall, wo es Podcasts gibt!

diss.news/podcast

Maßnahmen gegen den Klimawandel

Klimanotstand!

Max Aschenbach und Dr. Martin Schulte-Wissermann, heute Mitglieder der Dissidenten Fraktion, überraschten 2019 den Stadtrat mit dem Wunsch, den Klimanotstand für Dresden auszurufen. Am Ende beschlossen die Stadträtinnen „deutlich vor 2050“ Klimaneutralität erreichen zu wollen. „Natürlich reicht das hinten und vorne nicht!“, erklärt Schulte-Wissermann. Deshalb sammelte die Bürgerinitiative „Dresden Zero“ in einem Bürgerbegehren 31.000 Unterschriften für das Ziel der Klimaneutralität bis 2035. Im Dezember 2022 beschloss der Stadtrat dem Bürger-

begehren zu folgen: Klimaneutralität 2035 ist nun verbindliche Rechtslage! Das ist auch überlebenswichtig. Unerträgliche Hitze und Dürre im Sommer. Bäume vertrocknen, Niedrigwasser in der Elbe. Die Priebnitz oder der Niedersedlitzer Flutgraben waren ohne Wasser. Seit Jahren sinkt der Grund-

wasserspiegel. Kinder kennen längst keine „Weiße Weihnacht“ mehr. Im Vergleich zur Messperiode 1960 - 1990 fehlt heute die Regenmenge von drei Monaten. Und die jährliche Durchschnittstemperatur stieg um satte 2 Grad Celsius! Die sechs wärmsten Jahre liegen alle zwischen 2013 und 2022. Die Wissenschaft hat geklärt, dass die Verbrennung von Kohle, Öl und fossilem Gas die Klimaerwärmung verursacht. Ende der 90er Jahre

ersetzte Dresden das Kohlekraftwerk Nossener Brücke durch ein Gaskraftwerk: Der bisher größte Beitrag zum Klimaschutz. Seitdem stagnieren die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen bei etwa 10 t je Einwohner. Im Klartext: Seit 25 Jahren gibt es keine strategischen Erfolge im Klimaschutz. Für DISSIDENT Lichdi ist klar: „Mit der bisherigen Politik werden wir keine Klimaneutralität bis 2035 erreichen. Wir brauchen radikalen Klimaschutz jetzt!“

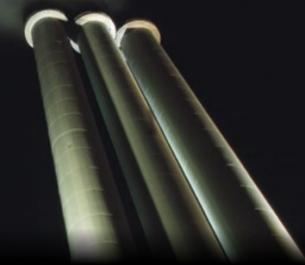


Die Stadträte Martin Schulte-Wissermann (34) und Max Aschenbach (29) riefen den Notstand aus

Foto: Montage/Dissidenten Fraktion, Dissidenten Fraktion

Im fossilen Gefängnis SachsenEnergie immer noch ohne Konzept!

Foto: Ushakov/istockphoto.com



DRESDEN - Die Bereitstellung von Strom und Wärme ist eine Schlüsselfrage für den Klimaschutz. Energiewende meint die Umstellung auf Erneuerbare Energiequellen, besonders aus Windkraft, Solarstrom oder mit grünem Strom betriebenen Wärmepumpen. Dresden könnte hier handeln. Denn die SachsenEnergie gehört der Landeshauptstadt, also allen Dresdnerinnen und Dresdnern!

OB Hilbert ist Vorsitzender des Aufsichtsrats, in dem die großen Fraktionen des Stadtrats Sitz und Stimme haben (Nicht die Dissidenten). Bisher verbrennt die SachsenEnergie fossiles Erdgas im Kraftwerk Nossener Brücke und verursacht so knapp 20% der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen in Dresden. Sie muss einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag für CO₂-Ver-

schmutzungsrechte ausgeben. Nur etwa 10% erzeugt sie aus Erneuerbaren. Daher hatte der Stadtrat das Unternehmen im November 2020 beauftragt, bis zum 31. Dezember 2021 einen Plan vorzulegen, wie sie bis 2035 Strom und Wärme ohne Treibhausgase (Dekarbonisierung) bereitstellen will. Diesen Plan gibt es bis heute nicht. Doch das Unternehmen beschwichtigt: Sollte ab 2030 genügend billiger grüner Wasserstoff zur Verfügung stehen, würde sie auch den im Kraftwerk Nossener Brücke verbrennen.



Jeder Tropfen Wasser zählt

Dresden muss Schwammstadt werden!

Foto: Martin/Phobby

Der Klimawandel trifft alle Menschen immer fühl- und sichtbarer. Auch wenn es dieses Frühjahr mal wieder mehr regnete: Wer aufmerksam durch die Stadt geht, dem fallen abgestorbene Bäume auf, vor allem Birken und Fichten. Eine der große Rotbuchen am Albertplatz ist schon gestorben und gefällt. Dagegen kommen Eichen und Ahorne besser zu Recht. Wasserrückhalt ist also das Gebot der Stunde! Dresden hat sich in Gestaltungsleitlinien zum Leitbild der „Schwammstadt“ bekannt: Jeder Tropfen Regen sollte auf dem Grundstück versickern und in Bäumen gespeichert werden. So können sie dem Menschen Kühle und Schatten spenden.

Doch Baugrundstücke werden mit Tiefgaragen vollständig versiegelt. Da wächst kein großer Baum mehr! Beim „Hochwasserschutz“, in Forsten und der Landwirtschaft gilt immer noch das Prinzip: Schnell weg mit dem Wasser! Gewiß brauchen wir für Starkregen eine sichere Fassung und Ableitung, aber sonst muss das kostbare Wasser in der Stadt gehalten werden. Die Stadt hat eine Satzung in den Stadtrat eingebracht, die bei Neubauten begrünte Dächern und Fassaden sowie Baumpflanzungen vorsieht - zum Wohle der Bewohner. Doch die politische Rechte sieht nur mehr Kosten.

noch das Prinzip: Schnell weg mit dem Wasser! Gewiß brauchen wir für Starkregen eine sichere Fassung und Ableitung, aber sonst muss das kostbare Wasser in der Stadt gehalten werden. Die Stadt hat eine Satzung in den Stadtrat eingebracht, die bei Neubauten begrünte Dächern und Fassaden sowie Baumpflanzungen vorsieht - zum Wohle der Bewohner. Doch die politische Rechte sieht nur mehr Kosten.

Auch in Dresden herrscht immer öfter Dürre. Umso wichtiger das wertvolle Nass aufzufangen.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Dissidenten Fraktion
im Dresdner Rathaus
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden

Redaktion:
Tom Rodig (V.i.S.d.P.), Michael Schmellich, Johannes Lichdi

Grafik und Layout:
Tom Rodig, Max Aschenbach

Autor:innen:
Max Aschenbach, Charlotte Brock, Stephanie Henkel, Jan Kossick, Martin Schulte-Wissermann, Andreas Schwock, Manuel Wolf

EXT RAB LATT

Die PARTEI

Neues Gremium für Klimaschutz

Der Klimabeirat kommt!

Foto: Michael Fischer/Flens

Anfang 2023 setzten die DISSIDENTEN eine zentrale Koordinierungsstelle für Klimaschutz am Tisch des OB sowie einen Klimabeirat aus Wissenschaft und Verbänden durch. Beides wurde rechtsverbindlich in der Hauptsatzung verankert, dem „Grundgesetz“ der Landeshauptstadt.

Leitschnur der Arbeit ist nun das Ziel der Klimaneutralität 2035, die Dekarbonisierung der

SachsenEnergie und der massive Ausbau von ÖPNV und Radwegen.

So werden die Voraussetzungen in der Stadtverwaltung geschaffen. Und der Klimabeirat sorgt dafür, dass Klimaschutz nicht mehr von der Tagesordnung rutscht und der gesellschaftliche Sachverstand zur Lösung dieser zentralen gesellschaftlichen Frage eingebunden wird.

SachsenEnergie - wann CO₂ frei?



Kommentar von Johannes Lichdi

Wie konnte sich Deutschland jahrzehntelang von den fossilen Energielieferungen des Kreml-Faschisten abhängig machen? Wer trägt eigentlich die Mitverantwortung für den russischen Überfall auf die Ukraine? Auch Dresden und sein Energieunternehmen SachsenEnergie (SE) tragen ein Scherflein Schuld. Denn der größte Teil des im Kraftwerk Nossener Brücke verbrannten Erdgases, das die Dresdner Wohnstuben heizt, kam aus Sibirien. Und die Stadt hält immer noch Anteile des Leipziger Erdgas-Importeurs VNG.

Spätestens seit dem 22. Februar 2022 müsste die SE endlich die Dekarbonisierung vorantreiben. Jetzt nicht mehr nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch aus wirtschaftlichen und Gründen der Versorgungssicherheit. Aber selbst der Erdgas-Preis-Schock führt zu keinem Umdenken in Stadt und Unternehmen: „Raus aus (Putins) Gas“? - Kein Ziel der SachsenEnergie!

Das Unternehmen verspricht zwar Jahr für Jahr hohe Investitionen in den Ausbau der Windkraft, die aber nie stattfinden. Dresden leistet sich weiterhin ein Windenergieanlagen-Verbot. Stattdessen plant das Unternehmen eine teure Klärschlamm-Verbrennungsanlage. Und klebt das nette Etikett „Schließung der Stoffkreisläufe“ dran.

Fakt ist: Die SachsenEnergie setzt weiter auf das klimaschädliche Energiemodell, Stadtratsbeschlüsse hin oder her. Einen fossilen Bremsen aber kann sich Dresden nicht leisten, wenn wir ernsthaft 2035 Klimaneutralität erreichen wollen!

Radweg in den Tod

Warum ist Radfahren in Dresden so gefährlich?



Martin Schulte-Wissermann findet die Situation zum Haare raufen

Der Ausbau des Radverkehrs ist ein Schlüssel zur klimaverträglichen Verkehrswende. Bisher können immer noch zu wenig Wege sicher und komfortabel mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Doch gerade in den Stadtteilen könnte das Rad seine strategischen Vorteile ausspielen. Aber Radfahren ist in Dresden zu gefährlich. Erschreckend: zwischen 2019 und 2021 starben sieben Menschen! 530 Schwerverletzte und 3.164 Menschen mit leichteren Verletzungen waren zu beklagen – trauriger Spitzenplatz in Deutschland!

Kein Wunder - Radwege enden im Nichts, Schutzstreifen sind zu schmal, Geschwindigkeiten der Autos zu hoch, der Mindestabstand von 1,50m wird nicht eingehalten. Viel zu viele Autofahrerinnen halten Radfahrende immer noch für eine Behinderung ihres „Rechts“ auf „freie Fahrt“. Aber Grund ist auch die Verachtung durch Verwaltung und Stadtrat: Immer noch werden neue Straßen mit vier oder mehr Autospuren geplant, aber Fahrradspuren komplett vergessen. So geschehen auf der Bautzner Straße (Höhe Angelikastraße)

und auf der Königsbrücker Landstraße. Fahrradinfrastruktur ist aber wichtige Infrastruktur, wie eine Straße, eine Brücke oder ein Tunnel für Autos! Aktuell werden oft nur weiße Linien auf die Straße geklebt oder Radstreifen rot ausgemalt. Aber wieso stellt so gut wie niemand Autospuren in Frage? Wieso brauchen Autos vier Spuren auf der Carolabrücke? Wieso gibt es immer noch keinen Radweg auf dem Blauen Wunder? Die DISSIDENTEN fordern echte Radinfrastruktur. Die Anbindung der Elbbrücken an beide Elbradwege oder ein Radschnellweg nach Klotzsche sind naheliegende Projekte. Ziel müsste es sein, endlich 20 € pro Jahr und Einwohner für Radinfrastruktur auszugeben. Denn das ist allemal günstiger als in den Autoverkehr zu investieren.

DVB am Limit Ausbaustopp!



DRESDEN - Nur 20% des Verkehrs wird mit Bussen und Bahnen bewältigt. Mit großen Unterschieden: Liegt er im 26er Ring über 50%, ist er weiter außen deutlich schlechter. Hier fährt man mit dem Auto schneller. Der Kunde wird derzeit durch zahlreiche Baumaßnahmen genervt, mit denen der Gleisachsabstand für die neuen Straßenbahnen erweitert wird. Lichtblick: die Stadt beseitigt auch Staustellen für die Bahnen (Tolkewitzer Straße, Altcotta).

Tharandter Straße über die Nossener Brücke, Nürnberger Straße und den Zelleschen Weg bis zum Haltepunkt Strehlen. Sie würde die Unversität mit vielen Fahrgästen bestens erschließen. Die Verwaltung verspricht jetzt für 2027 den Baubeginn.

vilegien der Autofahrer müssen reduziert, Bahnen öfters fahren und neue Strecken in Betrieb genommen werden.

Leider ist dieser Plan bei den anderen Fraktionen in der Rundablage gelandet. Der Neubau einer Straßenbahn zwischen Johannstadt und Plauen ist auf unbestimmte Zeit verschoben. Ein Bau der S-Bahn-Stationen Albertstadt und Strehleener Platz ist nicht absehbar. Grüne, CDU, Linke, SPD und FDP haben im Stadthaushalt 2023/24 die Buslinie Südwest gerade nicht finanziert. Für DISSIDENT Lichdi ein „einziges Trauerspiel, wie ÖPNV-Ausbau und Verkehrs-wende still, heimlich und leise beerdigt werden!“

Die Rot-Grün-Rote Stadtratsmehrheit beschloss 2019 mit den Stimmen der CDU den Anteil des ÖPNV in Dresden bis 2030 auf 25 bis 30% zu erhöhen. Die Dresdner Verkehrsbetriebe erarbeiteten mit der „Produktstrategie“ einen hervorragegen Plan: Für jede Ausbaumaßnahme schätzte sie die Vermeidung von Treibhausgasen, die Erhöhung des ÖV-Anteils sowie die Kosten ab. Der Plan in kurz: Parkpri-

Der Stadtrat hatte 2010 fraktionsübergreifend das Projekt „Stadtbahn 2020“ beschlossen - 13 Jahre später ist davon fast nichts zu sehen! Es geht um den Neubau einer „Campuslinie“ von der Haltestelle



Zastrow erzählt was vom Auto

Seit Jahren erleben wir einen erschreckenden Kampf in unser Stadt und unserem Land! Ein Kampf gegen die Autofahrer. Unter dem Deckmantel dieses „Klimawandels“ versuchen Grüne Ideologen das wichtigste Fortbewegungsmittel der Menschheit zu diskreditieren und in die Schmutzedecke zu stellen: Unsere Autos. Parkplätze werden dem sogenannten „Radverkehr“ geopfert und dann wundert man sich, dass Radfahrer überfahren werden. Das ist doch bekloppt! Arg! Man zwingt uns Autofahrer ewig nach einem – man muss ja mittlerweile sagen „vom Austerben bedrohten“

- Parkplatz zu suchen und dann wundert man sich, dass der müde und zornige Autofahrer auch mal ein Opfer fordert. Autofahren bedeutet Freiheit und die fordert immer ihre Opfer! Und wenn wir mal die ideologischen Scheuklappen absetzen, dann sieht man doch eines ganz klar: Leute ohne Auto sind entweder ideologische Spinner, arme Penner oder keine Sachsen! Wir Sachsen wissen das, wir haben Benzin im Blut. Dafür fahre ich für Sie mit meinem guten Amarok. Brumm, Brumm Ihr Holger Zastrow

Antrag im Stadtrat Spielstraßen auf Zeit!



Straßen sind für Menschen da - nicht für Autos! Die DISSIDENTEN wollen „Spielstraßen auf Zeit“: Anwohner sollen in Wohnstraßen unbürokratisch die Straße vor ihrem Haus buchen können, etwa für Kindergeburtstage oder einen Sportnachmittag. Die Stadt soll ihre Sondernutzungs-

satzung für Straßen entsprechend ändern. Da möchte niemand offen dagegen sein, aber der Einwand der Stadtverwaltung lautet: Die Absperrungen müssten von Profis aufgebaut werden und kosten zu viel. „Soll hier eine gute Idee zerredet werden?“, argwöhnt DISSIDENT Schulte-Wissermann.



So billig ist Parken wirklich!

Autofahrer regen sich gerne über hohe Parkgebühren auf. Dabei wurden sie in Dresden zwischen 2003 und 2022 überhaupt nicht erhöht und sind in Dresden immer noch niedriger als in der Leipziger Innenstadt. Dagegen wurden die Fahrscheine für Bahn und Bus immer teurer. In bestimmten Gebieten erhebt die Stadt für die Reservierung von Parkplätzen für Bewohnerinnen Jahresgebühren, bisher 30 € also schlappe 8 Cent am Tag. Bei Beachtung

des „wirtschaftlichen Werts“ wären es in der Innenstadt 800€ jährlich! Selbst OB Hilbert schlug vor, die Gebühren auf durchschnittlich 180 € zu erhöhen, um die Defizite der Dresdner Verkehrs-betriebe auszugleichen. „Leider verhindert der fossile Rechtsblock unter Einschluss der Linken diese wichtige Reform“, beklagt DISSIDENT Lichdi. Bedeutet: „Wir alle zahlen drauf, damit Autofahrerinnen fast für umme parken dürfen!“ JL

Ganz und gar nicht barrierefrei!

Der Zustand so mancher Fußwege ist einer Landeshauptstadt nicht würdig. Zu diesem Schluss kommt Stadtrat Michael Schmelich (DISSIDENTEN) der insbesondere mangelnde Barrierefreiheit vieler maroder Fußwege kritisiert. „Der Ausbau rollstuhlgerechter Haltestellen der Verkehrs-betriebe lässt

ebenfalls nach wie vor zu wünschen übrig. Die DVB hinkt hinter ihren eigenen Vorstellungen her.“ Ferner merkt Schmelich an: „Im nächsten Jahr sind Kommunal- und Europawahlen. Leider sind immer noch viele Wahllokale nicht barrierefrei zugänglich.“



Menschen im Rollstuhl haben es schwer in Dresden

Sind Elektroautos wirklich die Lösung?

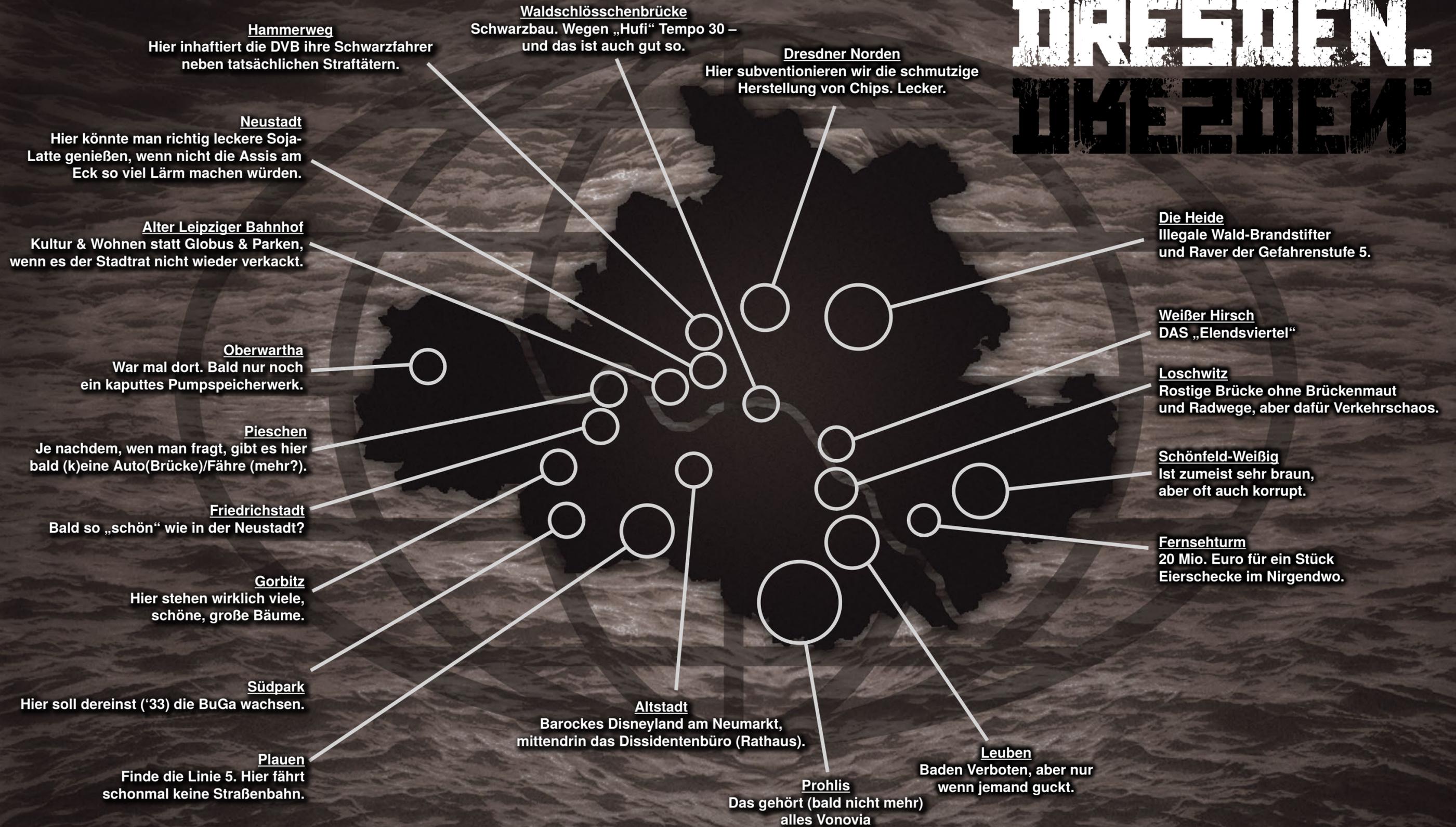


Die Emissionen des Verkehrs verursachen etwa ein Drittel aller Treibhausgase. Und zu vier Fünfteln werden sie vom Autoverkehr verursacht, genauer durch die Verbrennung von Benzin oder Diesel. Jetzt hat die EU beschlossen, ab 2035 keine Verbrennermotoren mehr zuzulassen. Der Anteil der Elektrofahrzeuge dür-

te daher bald stark ansteigen. Vorteilhaft für das Klima ist das nur, wenn der Strom aus Wind & Sonne kommt. Elektroautos vermeiden wesentlich Abgase, Feinstaub und Lärm. Doch der Platzbedarf in der Stadt bleibt derselbe - mit all den Nachteilen für Fuß- und Radwege, Aufenthaltsqualität und ÖPNV.

DAS BUNTE

DRESDEN. DRESDEN.



Soziales Wohnen in Dresden

Foto: Dissidenten-Fraktion

Keine Stadt für alle: Wohnungspolitik in der Sackgasse?

Explodierende Mieten, lange Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen, drastisch steigende Nebenkosten, kaum neue Sozialwohnungen. Das Bild vom sogenannten Wohnungsmarkt ist in fast allen Städten düster. Die großspurigen Versprechungen der Bundesregierung, in diesem Jahr 400.000 neue Wohnungen auf den Weg zu bringen, erweisen sich als Rohrkrepiere. In ihrer Verzweiflung ruft Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) schon zur kollektiven Landflucht der gebeutelten Städter auf!

In Dresden sieht es nicht besser aus. Die Pläne der städtischen Gesellschaft WID (Wohnen in Dresden) 800-1200 Wohnungen bis 2024 zu bauen, rücken in weite Ferne. Die Gründe für die Misere sind vielfältig.

Explodierende Bau- und Grundstückspreise, Fachkräftemangel, schwerfällige Genehmigungsbürokratie, drastische Zinsanstiege und fehlende Baumaterialien haben viele ehrgeizige Pläne und Ziele zerschossen. Nach 1990 haben CDU und FDP die reichlich vorhandenen kommunalen Grundstücke verramscht, mit der fatalen Folge, dass die Stadt so gut wie keine Baugrundstücke mehr besitzt. Zudem lastet auf Dresden das schwere Erbe des Verkaufs der kommunalen WOBA von 2005. Die Stadt konnte zwar nach dem Versilbern aller Wohnungen ihre Schulden bezahlen. Zugleich hat

sie aber jeden Einfluss auf das Wohnungsangebot aus der Hand gegeben. Hinzu kommt: Die vereinbarten Belegungsrechte für ca. 10.000 mietpreisgebundene Wohnungen bei der heutigen Vonovia laufen 2036 aus. Dann werden zusätzlich Wohnungen für die ca. 40.000 sozialmietenberechtigten Dresdner Haushalte fehlen! Um gegenzusteuern hat Rot-Grün-Rot 2017 die städtische Wohnungsgesellschaft WID neu gegründet. Doch der WID fehlt das mit langfristigen Mieteinnahmen aufgebaute Eigenkapital, das jetzt für eine Finanzierung des Wohnungsneubaus benötigt würde. „Das Modell der Stadt, der WID lediglich die Grundstücke

als Mitgift auf den Weg zu geben und sonst kein Eigenkapital zuzuschließen, ist gescheitert,“ sagt DISSIDENT Michael Schmelich. „Die konservativ dominierte Haushaltsmehrheit aus CDU, FDP, GRÜNEN, SPD und LINKEN hat in dieser Frage auch beim aktuellen Doppelhaushalt versagt.“ Die Folge: Alle Neubauprojekte sind momentan auf Eis gelegt. Immerhin hatte der Stadtrat auf Antrag der DISSIDENTEN-Fraktion im vergangenen Jahr beschlossen, der VONOVIA etwa 3000 Wohnungen abzukaufen. Ein Bündnis verschiedener Mieterinitiativen fordert mit einer Petition, dieses Vorhaben auf alle von der Vonovia angebotenen 6000 Wohnungen auszuweiten. Eine Entscheidung fällt im Herbst.



Michael Schmelich über die desolate Wohnsituation

Miethäusersyndikate

Die Häuser denen, die drin wohnen!

Der Wohnungskonzern Vonovia, dem in Dresden eine Vielzahl an Wohnungen gehört, möchte der städtischen Wohnungsgesellschaft WID 3000 Wohnungen verkaufen. Eine gute Sache, die die DISSIDENTEN schon mit ihrem ersten Antrag im Mai 2021 beantragt hatten. Doch die

DISSIDENTEN wollen einen Schritt weiter gehen: Häuser sollen auch Mietergemeinschaften zum Kauf angeboten werden, etwa nach dem Modell des Freiburger Miethäusersyndikats. Danach ist Hauseigentümer eine GmbH mit zwei Gesellschaftern, die je 50% halten, und zwar das

Miethäusersyndikat sowie die Gemeinschaft der Mieterinnen und Mieter. Nach Ansicht der Dissidenten ist nur dann langfristig bezahlbarer Wohnraum zu sichern, wenn Wohnungen nicht den Profitinteressen des Marktes unterworfen werden.

Das Mietshaussyndikat Koko3 am Konkordienplatz



Milieuschutzsatzung gegen Mietpreisexpllosion

In den letzten Jahren sind die Mieten für neue Wohnungen oder Neuvermietungen stark gestiegen. Um eine Verdrängung alteingesessener Mieterinnen und Mieter durch Luxussanierungen zu verhindern, erlaubt das Baugesetzbuch den Städten soziale Erhaltungssatzungen („Milieuschutzsatzung“) zu erlassen. Die vorhandene öffentliche Infrastruktur soll durch die Verdrängung bestimmter Einkommenschichten nicht entwertet werden. Die Milieuschutzsatzung ist ein seit Jahren erprobtes Instrument, das etwa in Leipzig eingeführt wurde. Änderungen an Wohnungsbauordnungen müssen dann von der Stadt genehmigt werden, die so Luxussanierungen verbieten kann. Die Stadt darf auch ein Vorkaufsrecht zu ihren Gunsten einführen. Die Stadtverwaltung hatte schon im Wohnkonzept von 2019 versprochen, Milieuschutz zu prüfen, aber nichts unternommen. DISSIDENTEN und SPD beantragten die Stadt möge

die Aufstellung sozialer Erhaltungssatzungen für Pieschen, den Hecht, Neustadt-Ost, die Albertstadt, Löbtau-Nord, Friedrichstadt und Altstadt-West beschließen. Der Antrag wurde schließlich im Stadtrat von der Rechten und der Fraktion Die Linke abgelehnt, dafür stimmten neben den Antragstellern nur die Grünen. Entschlossene Mieterschutzpolitiker scheitern bei dieser Zusammensetzung des Stadtrats eben nicht durchsetzbar.

Stimmen zur Wohnsituation



„Ich kenne Kommilitoninnen, die geben fast ihr gesamtes BAföG für die Miete aus.“
Anne H. (25)



„Müsste ich ausziehen, fände ich nur in Prohlis eine Wohnung die ich mir leisten könnte.“
Holger W. (47)



„Der neue Eigentümer will mich raus haben. Dabei wohne ich schon 30 Jahre hier.“
Irmgard G. (82)

Foto: Bundesarchiv

Mieter:innenbeiräte



Mehr Mitbestimmung im Mietshaus!

Geht es nach der Fraktion der DISSIDENTEN im Dresdner Rathaus darf „Demokratie nicht an der Wohnungstür enden.“ Deshalb sollen überall Mieter:innenbeiräte eingerichtet werden. Allerdings fehlt dafür gegenwärtig eine verbindliche Rechtsgrundlage. So soll die stadteigene WID (Wohnen in Dresden) mit gutem Beispiel voran gehen. Nach dem Vorbild anderer Städte (z.B. Berlin) sollen Mieter:innen eigene Interessenvertretungen wählen dürfen, die z.B. in Fragen der Wohnumfeldgestaltung, bei Sanierungsvorhaben oder in Fragen der Mietnebenkosten Mitwirkungsrechte erhalten sollen. Sie sollen grundsätzlich für ihre konkrete Hausgemeinschaft zuständig sein. Im Stadtrat wurde das Anliegen allerdings mal wieder vertagt.

ter:innen eigene Interessenvertretungen wählen dürfen, die z.B. in Fragen der Wohnumfeldgestaltung, bei Sanierungsvorhaben oder in Fragen der Mietnebenkosten Mitwirkungsrechte erhalten sollen. Sie sollen grundsätzlich für ihre konkrete Hausgemeinschaft zuständig sein. Im Stadtrat wurde das Anliegen allerdings mal wieder vertagt.

Foto: Pexels/Luandro Street Photography

Trotz Verbot vom Stadtrat Energieversorger dreht Strom ab!

DRESDEN - Trotz eines Beschlusses des Stadtrates, mit dem die Sachsen Energie aufgefordert wurde, mindestens bis Ende 2024 auf Energiesperren säumiger Zahler zu verzichten, schert sich das mehrheitlich der Stadt Dresden gehörende Unternehmen nicht um diese Entscheidung. In einer Antwort auf

eine schriftliche Anfrage von Stadtrat Johannes Lichdi (DISSIDENTEN) räumt das Unternehmen ein, im vergangenen Jahr insgesamt 113 Kunden den Saft abgedreht zu haben. Es ist empörend, dass Dirk Hilbert als Aufsichtsratsvorsitzender die Beschlüsse des Stadtrates unterläuft.



Opernbälle, Hochkultur... ...aber kein Geld für Freie Szene!

Kulturkritiker Aschenbach (27) fordert mehr Geld für Freie Kultur

Wann wird das Budget für die „freie Szene“ in Dresden endlich auf ein erträgliches Niveau angehoben? Während z.B. Leipzig 10 Millionen Euro für die Förderung der freien Kultur bereitstellt, sind in Dresden € 4 Mio. schon hart erkämpft. Und dies, obwohl bereits 2018 im Strategiepapier „Fair in Dresden 2025“ eine notwendige Aufstockung um 35% vom Kulturamt ermittelt wurde. Und so fragte

das Netzwerk Kultur, wann die selbstproklamierten Ziele denn erreicht würden. Und stieß auf bedröhtes Schweigen. Der Oberbürgermeister sei Schuld, so konnte man es vernehmen, als sei nicht der Stadtrat Herr über den Haushalt. Für den Geschäftsbereich Kultur gebe es halt nicht mehr, wick man aus, als wäre es nicht in der Hand des Stadtrats, z.B. weniger für opulente Sportpaläs-

te oder irrwitzige Fernsehtürme auszugeben. Als dann die Stimmung der Kulturvertreter sichtlich litt, mitunter gar ein wenig ungehalten wurde – wer kann es ihnen verübeln – wurden sie zum Glück schnell zurecht gewiesen: „Das ist jetzt doch alles zu negativ geworden!“ klagte man und stellte somit eilig klar, dass man immer schön nett zu denen sein muss, die über's

Geld entscheiden. Auch wenn die nicht mal das leere Versprechen abgeben, ihr leeren Versprechen zu erfüllen. Denn soviel ist klar: Für Kunst und Kultur hat man in der Kunst- und Kulturstadt nichtmal soviel übrig, wie man zu Recht für nötig erachtet. Das Netzwerk Kultur lächelte artig, bedankte sich und wird sich hüten, die Kulturpolitiker jeglicher Partei-Couleur zu verärgern.

Foto: X-Winter, Wikimedia Commons, CC BY-CA 4.0

Chmelnyzkyj statt Putinsburg!

Der Stadtrat verurteilte Anfang März 2022 den russischen Überfall auf die Ukraine, forderte den Rückzug der russischen Truppen und solidarisierte sich mit den protestierenden Bürgerinnen und Bürgern der Partnerstadt St. Petersburg. Dagegen beantragte die „Partei Russlands“ (Olaf Scholz), die AfD, die Städtepartnerschaft „schnellstmöglich wieder zu intensivieren“. Für DISSIDENT Lichdi ein Skandal: „Die Untaten ihres russischen Gesinnungsfreundes hebt die AfD nicht an!“ Spätestens seitdem Petersburg „Partnerstadt“ des von den Russen brutal zerstörten Mariupols wurde, sind offizielle Kontakte unvor-

stellbar. Bleibt zu hoffen, dass in einem freien Russland eine echte Partnerschaft mit den Menschen St. Petersburgs aufgebaut werden kann! Der Stadtrat beauftragte auf Vorschlag der DISSIDENTEN den OB, eine Stadt vorzuschlagen, „mit der eine längerfristige Partnerschaft vereinbart werden kann.“ Ende April 2023 beschloß er, Dresden solle mit der französischen Partnerstadt Straßburg und der Landeshauptstadt Stuttgart eine „Solidaritätspartnerschaft“ mit der Stadt Chmelnyzkyj in der Westukraine begründen. Alle Bürgerinnen und Bürger Dresdens sind aufgerufen, diese Partnerschaft mit Leben zu erfüllen.

Foto: Pixvels/Kostelnyh/Slupak

Straßenmusik So ein Krach!

Dauerstreitpunkt in Dresden ist die Straßenmusik. Seit 15 Jahren wird im Stadtrat darüber gestritten, welche Regeln für Musikanten gelten sollen. Dabei scheint eine Mehrheit, sieht man von der AfD ab, anzuerkennen, dass Straßenmusik besonders im Sommer „einfach dazu gehört“, wie es CDU Stadtrat Dr. Brauns im Stadtrat ausdrückte. Über das Wie herrscht allerdings Uneinigkeit. Während Verwaltung und der rechte Teil des Stadtrates nach weitreichenden Regulierungen in Bezug auf Lautstärke und Standortwahl rufen, steht der linke Teil

des Stadtrates inkl. FDP eher für liberale und großzügige Regelungen. Die letzte vom Stadtrat getroffene hielt allerdings der rechtlichen Prüfung nicht stand. Der Schallpegel der Straßenmusik sollte begrenzt werden. Allerdings vergaß die Mehrheit des Stadtrates hierzu genauere Festlegungen zu treffen. Man schrieb lediglich einen Schallpegel von 80dB fest, ohne zu sagen, in welchem Abstand von den Musikern der zu messen sei. Kein Wunder, dass die Landesdirektion diesen Beschluss im Mai 2023 kassierte. Nun muss der Stadtrat sich des Themas erneut annehmen.

Foto: Dr. Bernd Grass, Wikimedia Commons, CC BY-CA 3.0

Großes Feste-Sterben in Dresden Ausgefieiert! Keine BRN Kein Hechtfest Kein Elbhangfest

Der Verwaltung ein Dorn im Auge: Die Bunte Republik Neustadt

Egal ob Elbhangfest, Hechtfest oder BRN: In Dresden sterben die Stadtfeste – oder besser werden gestorben. Denn auch wenn zunehmende Professionalisierung die Kosten in die Höhe trieben, ist es letztlich die Stadtverwaltung, die den Festen den Garaus macht. Mit immer neuen Auflagen und Sicherheitsanforderungen macht sie die – zumeist von Vereinen oder wie im Fall der Neustadt von den Anwohner:innen getragenen – Feste unmöglich. Aber was hat die Verwaltung gegen das Feiern? Neben der institutionsimmanenten

Ordnungsliebe und der damit einhergehenden Abneigung gegen alles Lebendige ist es ein schlichter Umstand: Die Dresdner Stadtverwaltung ist auf die unsinnige Idee gekommen, Stadtfeste so zu behandeln, als wären sie kommerzielle Großveranstaltungen, wie etwa ein Konzert. Oder das von vorn

herein so konzipierte Fressbudenspektakel „Cannaletto“. Ein Veranstalter, der ein paar tausend Eintrittskarten verkauft, kann Kosten auf die Ticketpreise draufschlagen. Ein loser Haufen lokaler Gewerbetreibender kann das schwerlich. Und stehen gar keine kommerziellen Interessen hinter den Veranstaltungen, weil sie von Vereinen und Gruppen auf Basis freiwilligen Engagements

durchgeführt werden, ist die Erfüllung der Auflagen nahezu unmöglich. Wer das Glück hat, ein bisschen Fördergeld abzugreifen, muss Securitys bezahlen und Künstler dürfen von einer angemessenen Gage auch weiterhin nur träumen. So sterben die Dresdner Feste, weil die Verwaltung sich schon lang von allem Lebendigen verabschiedet hat und unfähig ist, eigene Fehler zu erkennen, zuzugeben oder gar zu korrigieren und ihrer Verantwortung für die öffentliche Sicherheit, nachkommt. Das wäre nämlich ihre Aufgabe.

„BRN von unten!“ Da war die Welt noch in Ordnung (1991)

Foto: Kolosov, Wikimedia Commons, CC BY-CA 3.0, Anton Launer

Fehlende Proberäume Gammelig, teuer, eng

Der Mangel an Proberäumen ist in Dresden schon lange ein wachsendes Problem. Die stinkenden und oft viel zu lauten Musikschaffenden möchte schließlich kaum jemand in der Nähe haben. An den Rand in irgendwelche halbzerfallenen Industriebauwerke gedrängt oder gar ins feuchte Kellerloch gesperrt, lässt man diesen gesellschaftlichen Abschaum nur auf die Straße, wenn sie einem für viel zu wenig Geld Bierchen und Canapé versüßen. Doch werden die drolligen

Singvögel zunehmend von der Gesellschaft aus ihren Lebensräumen verdrängt. Die einen müssen der nächsten Yuppi-Bude weichen, andere fielen der Müllverbrennungsanlage zum Opfer und manche waren schlichtweg zu laut. So etwas gehört schließlich nicht. Also weg damit! Wie passend ist es daher, dass man die wenigen kaum sanierten Räume mittlerweile teuer vermieten kann als eine Wohnung. Selbst schuld, hätten die mal was Anständiges gelernt.

Andreas Schwock, Musiker

Foto: Bundesarchiv

Sozialer Härtefall Elendsviertel „Weißer Hirsch“

In den Dresdner Stadtteilen sollen flächendeckend Kultur- und Nachbarschaftszentren entstehen? Darüber diskutiert der Stadtrat seit Jahren und nicht nur der. Zwischen Kulturamt und Sozialamt, beides Ressorts, die von LINKEN Bürgermeister:innen geführt werden, ist über die Ausrichtung dieser Zentren ein Streit entbrannt. Während Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann sie als Möglichkeit begreift, die Infrastruktur in benachteiligten Stadtteilen zu verbessern, will

Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch generell die kulturelle Infrastruktur in allen Stadtteilen verbessern. In dieses Bild passt, dass in die Prioritätenliste für solche Nachbarschaftszentren der Chinesische Pavillon in Bühlau klammheimlich aufgenommen wurde, obwohl eine Analyse den Bedarf eher in anderen Stadtteilen verortet. Für Stadtrat Max Aschenbach (Die PARTEI) ein klarer Fall: „Endlich hat die Verwaltung erkannt, dass es sich beim „Weißen Hirsch“ um ein Elendsviertel handelt.“

Foto: Emdre, Wikimedia Commons, CC BY-CA 3.0

Transparente Verwaltung

Achtung: Spionage!



Warum ist diese Frau so unendlich neugierig?

Am 1. Januar 2023 hat der Freistaat Sachsen das Transparenzgesetz für die Landesverwaltung und -unternehmen in Kraft gesetzt. Die Städte können beschließen, dass das Gesetz auch für sie gelten soll. Genau das beantragen die DISSIDENTEN. Die Antwort der Stadtverwaltung direkt aus den Untiefen des Obrigkeitstaats:

Wollnwer ni, is zu viel Oarbeid! Und setzt noch einen drauf: Der sog. „Verfassungsschutz“ warne vor „Spionage“, insbesondere „zur kritischen Infrastruktur“ (kein Witz!). Wer also wissen will, warum etwa die Sachsen-Energie keine Dekarbonisierung will oder was die Stadt bei der Schulsanierung plant, betreibt „Spionage“!

Streit um Unterbringung von Asylsuchenden Populismus aus dem Container



Flucht und Vertreibung sind Themen, bei denen in Dresden traditionell die Wogen hoch schlagen. So auch aktuell. Es geht um die Frage, wie die erwarteten ca. 1800 Menschen, die Dresden (nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel) in 2023 zugewiesen werden, untergebracht werden sollen. Dabei hat der Stadtrat nicht über das Für und Wider einer bestimmten Asylpolitik

zu entscheiden, sondern lediglich Sorge zu tragen, dass Dresden seine gesetzlichen Verpflichtungen einhält. Der Oberbürgermeister hat dafür dem Stadtrat einen Vorschlag unterbreitet, wie in ursprünglich elf Standorten für Übergangswohnheime diese Herausforderung zu meistern wäre. Die Alternativen wären Notunterkünfte in Turnhallen oder in der Messe. In trauter Einig-

keit hat die rechte Seite des Stadtrates gemeinsam mit CDU und FDP dem Oberbürgermeister einen Strich durch die Rechnung gemacht. Standorte, wie in Weißig, wurden so lange madig gemacht, bis der OB sie aus seinem Vorschlag strich. Der wohl situierte Elbhing beherrschte überhaupt keine Unterkunft. Dessen Aufforderung an die Ortschaften, eigene Vorschläge zu unter-

breiten bleibt ohne Widerhall. Sozialpolitiker Michael Schmelich ist sauer: „In einer unheiligen Allianz verhindern rechte Ortschaftsräte von CDU bis AfD die Aufnahme von Geflüchteten. Wer auf Selbstständigkeit pocht, muss auch Verantwortung übernehmen und nicht ständig der Landeshauptstadt inklusive dem Oberbürgermeister den Stinkefinger zeigen.“

Ein Mahnmal um des Mahnmals Willen

Ein Islamist attackiert ein Paar, ein Mann stirbt, einer überlebt schwerverletzt. Viele denken: „Wie furchtbar.“ Andere denken: „Islamist? Schwules Pärchen? Das lässt sich ja richtig geil ausschlagen!“ So forderte die Dresdner FDP ein Mahnmal für die

Opfer religiös, homophob und transphob motivierter Gewalt. Hätte jemand vor dem Ratsbeschluss mal mit dem Überlebenden gesprochen, hätte man gewusst, dass er nicht aufgrund seiner Sexualität zum Märtyrer instrumentalisiert werden will.

Da der Beschluss nun so nicht umgesetzt werden kann, liefert die Stadt eine Liste alternativer Wortgruppen, die stattdessen auf das Mahnmal kommen können. So hat Dresden vielleicht bald eine tolle Plakette für >hier beliebigen Text einfügen<. Hurra...



Manuel Wolf (Dissident, Pirat)

Oben? Ohne!



Ein Bericht von Stephanie Henkel, Piratin

Im März kamen zwei Piratinnen, Anne Herpertz und Stephanie Henkel, mit einem Antrag zu unserer Fraktion, die Badeordnung der städtischen Dresdner Bäder anzupassen. Diese schrieb vor, dass weibliche Brüste beim Baden bedeckt sein mussten und lediglich zum Sonnen im Freibad das Oberteil gelüftet werden durfte. Eine Regelung, so verstaubt und prüde, dass die DISSIDENTEN den Antrag sehr gern am 21. März eingereicht haben. Denn wer im Jahr 2023 immer

noch Brüste sexualisiert und an binären Geschlechterrollen festhält, lebt im gestern. Doch kaum hatte die Fraktion den Antrag eingereicht, änderte die Dresdner Bäder GmbH Anfang Mai selbst die Badeordnung. Da anscheinend die Nachfrage „oben ohne“ zu baden nach unserem Antrag so groß war, hat die Bäder GmbH direkt Tatsachen geschaffen. So musste der Antrag nicht einmal im Stadtrat abgestimmt werden. Ein voller Erfolg. So einfach könnte Politik immer sein!

Selbstvertretung



Kämpft für Barrierefreiheit und Einfache Sprache: Marcel Robel (rechts)

Ich wurde als „Experte in eigener Sache“ von den DISSIDENTEN in den Beirat für Menschen mit Behinderung entsandt. Dort kümmere ich mich um Barrierefreiheit. Ich will das alle Informationen der Stadt in leichter Sprache verfügbar sind.

Post von Brock



Charlotte Brock (Die PARTEI) zieht Bilanz nach vier Jahren im SBR Neustadt

Da wären die Beiräte, meist aufstrebende oder ausrangierte Parteikarrieristen, die im Stadbezirksbeirat (noch) einmal Stadtrat und wichtig spielen dürfen. Ihre Redebeiträge sind aufgeblasen, inhaltsleer und oft schlicht unerträgliches Gremiengewäsch. Da wäre der Stadtrat, der die beratenden Beschlüsse der SBRs für oder gegen dies oder das konsequent ignoriert, außer sie passen

ihm sowieso in den Kram. In diesem Falle sind dann plötzlich alle rührend nah am Bürger, der z.B. die Asylunterbringung in seinem Viertel „einfach ni“ will. Mit diesem Wissen wirkt eine Verwaltung umso berechnender, wenn sie Bürgerinitiativen, Vereine und sonstige engagierte Tropfen mit ihren Anliegen zu den SBRs schickt, damit diese dort ohne Extraaufwand in Ruhe verenden können. Aber nicht nur als Versickerungsanstalten eignen sich

die Gremien hervorragend, sondern auch als Goldesel. Deckname Maßnahme im Rahmen der Aufgabenabgrenzungsrichtlinie... Sorry, kurz weggenickt. Das heißt übersetzt: Die Stadtverwaltung soll einen Spielplatz bauen, Bäume pflanzen, Gehwege reparieren, asphaltiert die Fläche aber lieber komplett, um dann beim SBR die Hand aufzuhalten, weil es sonst keinen Spielplatz, Baum oder Bordstein gibt und das wär doch schade.

Daten lesen leicht gemacht



Jan Kossick, Pirat

Der »maschinenlesbare Haushalt« entspringt einem Stadtratsbeschluss vom März 2022: Der Finanzhaushalt der Stadt ist »in maschinenlesbarer Form zu veröffentlichen«. Deshalb gibt's hundert Seiten starke Word-Dokumente und den »Interaktiven Haushalt« im Web. Das kann aber niemand durchsuchen. Für die Verwaltung heißt »maschinenlesbar« eben nur »für Menschen durchblättern«. Das ist leider falsch!



Analphabet Waschmaschine

Die Daten sollen vollständig von Programmen analysiert werden können – und nicht von Menschen. Die Stadtver-

waltung kennt das und macht das bspw. schon im Themenstadtplan. Liegen die Rohdaten vor, können diese mittels Diagrammen und anderer Visualisierungen präsentiert und verglichen werden. Diese Transparenz braucht es! Wenn alle vollständig und automatisiert auf die Daten zugreifen können, kann dein Stadtteilverein leicht herausfinden, wieviele Fördermittel bereitstehen. Du kannst schauen, ob Gelder für Fahrradbügel eingestellt sind. Oder wieviel Dirk Hilbert für seine Urlaubs- – pardon – Dienstreisen ausgibt.

Kiffen bleibt strafbar Weil es verboten ist!

Soll Kiffen in Dresden legal werden? Das wollten die Dissidenten schon 2022. Der Stadtrat Max Aschenbach, der weiß wovon er spricht, hatte in einem Antrag ein „Modellprojekt zur legalen Abgabe von Cannabis“ gefordert. Seine Meinung: Die Verfolgung von Kiffern ist „sinnfrei, nutzlos und schädlich“. In der Tat kostet die Verfolgung von Cannabis-Usern den Staat jährlich viele Millionen, beschäftigt Polizei und Justiz. Und die sind bekanntlich schon überlastet genug. Nicht überraschend war, dass die rechte Seite des

Stadtrates den Vorschlag ablehnte. Die CDU sagte „Es ist Unsinn, es ist Wahnsinn“. Die AfD blies ins selbe Horn, weil der „Antrag der Deserteure ein unerträglicher Angriff der Kifferlobby auf unsere Kinder ist“. Aber auch SPD und Grüne haben sich teilweise enthalten, teilweise gegen den Antrag gestimmt. Verwunderlich, sind doch ihre Parteien in der Bundesregierung dabei Cannabis zu legalisieren. Der Antrag wurde abgelehnt. Damit ist er erstmal aus der Traum von der sauberen, kontrolliert angebauten Hashischzigarette.

EXT RAB LATT



Knüppel in den Sack

Ordnung ist sehr notwendig und beruhigend. Deshalb hält sich die Stadt Dresden, genauer das Ordnungsamt eine „Besondere Einsatzgruppe“ (BEG). Die ist mit Reizgas, Hunden und „Multifunktions-Rettungsstäben“ (Schlagstock) ausgerüstet und sehen wie richtig ausgebildete Polizeibeamte aus - sind es aber nicht. Besucherinnen des Alauparks kennen die Truppe von ihren Einsätzen zur Terrorismusbekämpfung. Max Aschenbach meint: „Höchste Zeit für die Demilitarisierung der Knüppelmädels!“ und sie sollen darüber hinaus „im normalen Stadtdienst resozialisiert“ werden. Denn das staatliche Gewaltmonopol gehört in die Hände rechtsstaatlicher Profis.



Der Nacksche
Nr. 1067

Besser mit Wurst

Dick ist eine kleine Wasserratte. Endlich ist es Sommer und er kann im kühlen Nass planschen gehen. Da bekommt der beleibte Lebewann Hunger auf Wurst. Der nächste Bratwurststand ist zum Glück gleich in der Nähe. Der dropsige Bonbonbunker lässt sich vom Bratwurstmann den Fleischschlauch in sein Badehosenbündchen stopfen, denn er hat seine Wursttasche vergessen.

Kein Knast für's Schwarzfahren!

Wer ohne Fahrschein in der Straßenbahn erwischt wird, muss 60 € als „erhöhtes Beförderungsentgelt“ zahlen. Das Strafgesetzbuch sagt zudem: Man „erschleicht sich eine Leistung“. Aber wer ohne Fahrschein zusteigt, täuscht niemanden und überwindet auch keine Zugangssperren. Wer seine Geldstrafe (ca. 20 „Tagessätze“) nicht bezahlen kann, erhält eine „Ersatzfreiheitsstrafe“. Er fährt also so viele Tage in den Knast ein, wie er Tagessätze erhalten hat. Das schadet auch dem sächsischen Steuerzahler, der 140 € pro Tag & Haftplatz hinlegen muss, 2020/21 satte 2,4 Mio €!

Deshalb fordert DISSIDENT Schulte-Wissermann: „Die Dresdner Verkehrsbetriebe sollten keine Schwarzfahrer mehr anzeigen, denn 60 € sind Strafe genug!“ Und er steht nicht allein: Auch die deutschen Justizminister wollen den Paragraphen abschaffen! - Aber leider nicht die DVB.

Sachsenwetter, Juli 2035

Das Wetter in Sachsen wird ungewöhnlich kühl für einen Juli. Die Temperaturen steigen auf Höchstwerte von lediglich 43° im südlichen Sachsen. Es ist mit Starkregen-Gewittern im Verlauf des Abends zu rechnen.

Benoten Sie ihre Beigeordneten!

Jan Donhauser
Bildung und Jugend, Sport

Note:

Annetrin Klepsch
Kultur, Wissenschaft und Tourismus

Note:

Kristin Klaudia Kaufmann
Arbeit, Gesundheit, Soziales und Wohnen

Note:

Stephan Kühn
Stadtentwicklung, Bau, Verkehr, Liegenschaften

Note:

Eva Jähnigen
Umwelt und Klima, Recht und Ordnung

Note:

Ab 1.8. verfügbar

Note:

Jan Pratzka
Wirtschaft, Digitales, Personal und Sicherheit

Den ausgefüllten Notenzettel schicken Sie bitte an den Oberbürgermeister. Adresse: Im Rathaus (ganz oben) 01001 Dresden

Fotos: Dissidenten Fraktion, Schmid, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0